



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 04

03. März 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Aufruf zum Warnstreik mit Demonstration und Großkundgebung am 5. März 2013 in Stuttgart**
- 02 Polizeireform stößt bei Bereitschaftspolizisten auf Ablehnung; Deutsche Polizeigewerkschaft für Erhalt einer Polizeischule und einer Einsatzabteilung je Standort**
- 03 Ministerpräsident empfängt BW-Spitze Konkrete Aussagen zur Besoldungsanpassung verweigert**
- 04 Finanzminister zur Besoldungsanpassung: Noch sind alle Optionen offen**
- 05 Gewalt gegen Polizisten „Heule, heule Gänschen“**



Jetzt den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen!

Aufruf zum Warnstreik mit Demonstration und Großkundgebung am 5. März 2013 in Stuttgart

Wir fordern u.a.:

- Entgelterhöhungen um 6,5 % mit einer sozialen Komponente
- 100 Euro mehr Vergütung für Auszubildende und Praktikant/innen
- verbindliche Übernahme nach der Ausbildung
- keine Verschlechterungen beim Erholungsurlaub
- Tarifierung der Eingruppierung für Lehrkräfte
- Regelungen zur Einschränkung befristeter Verträge
- Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt/innen

Die Arbeitgeber haben unsere Forderungen ignoriert und kein Angebot vorgelegt. Sie spielen auf Zeit und halten uns hin. Das lassen wir nicht zu. Unsere Forderungen sind berechtigt.

Unsere Antwort: Warnstreik!

Die DPoIG Baden-Württemberg ruft alle Beschäftigten, Auszubildenden und Praktikant/innen (die unter den TV-L fallen) am 5. März 2013 zu einem ganztägigen Warnstreik und zur Teilnahme an der Demonstration und Kundgebung in Stuttgart auf.

Beamtinnen und Beamte können ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf Meinungsfreiheit und Protest ausüben.

Die Arbeitgeber müssen endlich ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch legen. Vor der dritten Verhandlungsrunde (7. und 8. März 2013) setzen wir mit dem Warnstreik in ganz Baden-Württemberg und der zentralen Demonstration und Kundgebung in Stuttgart klare Zeichen.

Machen Sie mit! Kommen Sie zur Demonstration und zur zentralen Kundgebung am 5. März 2013 in Stuttgart!

Auftaktkundgebung: Lautenschlagerstraße 10.15 Uhr
Demonstrationszug durch die Stuttgarter Innenstadt: ab 11.00 Uhr
Kundgebung auf dem Schlossplatz: ca. 12.00 bis 13.30 Uhr

Alle weiteren Infos zum Ablauf und zu den Buseinsatzplänen erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Kreisverband.

Wir hoffen auf rege Teilnahme!

**02 Polizeireform stößt bei Bereitschaftspolizisten auf Ablehnung;
Deutsche Polizeigewerkschaft für Erhalt einer Polizeischule und einer
Einsatzabteilung je Standort**

Quelle: Pressemitteilung des DPoIG-Kreisverbandes BePo Göppingen vom 26.02.2013 und <http://www.swp.de/goeppingen/lokales/goeppingen/Gewerkschaft-uebt-harsche-Kritik-an-Polizeireform;art5583,1876759>

Bei einem Themenabend zur Polizeireform bei der Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen sprachen sich Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) klar gegen die Umsetzung der Polizeireform aus. Zu Gast waren der Landes-

vorsitzende Joachim Lautensack sowie der Erste Stellvertretende Landes- und Stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Kusterer.



Bei seiner Begrüßung der interessierten Zuhörer im nahezu voll besetzten Speisesaal der Bereitschaftspolizei, darunter viele Lehrer der Polizeischule Göppingen, stellte Kreisvorsitzender Jürgen Engel die enorme Betroffenheit der Beschäftigten in der Bereitschaftspolizei Göppingen dar. Durch die geplante Auflösung der Polizeischule seien bis zu 60 Lehrer betroffen, die entweder zur fast 100 Kilometer entfernten Polizeischule nach Biberach wechseln oder ihre jetzige Unterrichtstätigkeit gänzlich aufgeben müssen. Ebenso betroffen seien hunderte von Polizeischülern, die ihre Ausbildung nicht mehr in Göppingen beenden und völlig systemfremd während der Ausbildungszeit Lehrer und Ausbildungsort wechseln müssen.

Gleichfalls tangiert seien die Bediensteten der Sanitätsstelle, deren zukünftiger Arbeitsort nach Stuttgart verlegt werden soll, was für viele Arzthelferinnen eine kaum zu finanzierende Wegstrecke darstellen würde. Und dies obwohl das Gebäude des polizeiärztlichen Dienstes erst vor Monaten für mehr als 1 Million Euro renoviert und für die medizinischen Belange modernisiert wurde.

Auch die vor wenigen Jahren teuer aufgebaute Stelle für Digitalfunk soll im Zuge der Reform nach Stuttgart verlegt werden. Das stellt für viele Kollegen, die überwiegend aus dem Kreis Göppingen stammen, ein großes Problem dar, da sie durch ihre Spezialkenntnisse zunächst keine Alternative sehen und den Umzug begleiten werden müssen.

Jürgen Engel stellte fest: „Wenn man jetzt noch hinzunimmt, dass in Böblingen und Biberach die Einsatzabteilungen geschlossen werden und viele der Betroffenen nach Göppingen wechseln sollen, kann man von einer enorm hohen Belastung der Bereitschaftspolizei sprechen. Kaum ein Dienstzweig der Polizei wird so zerschlagen wie die Bereitschaftspolizei.“



In einem engagierten Vortrag stellte der Landesvorsitzende Joachim Lautensack dar, dass er landesweite Proteste der Polizeibeschäftigten wahrnehme und diese Reform keineswegs ein Projekt aus der Mitte der Polizei sei. Insbesondere fehle es an einer ernsthaften Beteiligung der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Personalvertretungen. Konstruktive

Kritik würde von der Politik nicht wahrgenommen, eine Einflussnahme sei schlicht nicht möglich. Innenminister Gall halte an den Eckpunkten der Reform in unveränderlicher Weise fest, nicht einmal in Teilen sei man zu Veränderungen bereit. Ernsthaft vorgetragene Argumente würden als nicht schlüssig abgetan. Lautensack kritisiert auch, dass für diese Reform keine Alternativpläne entworfen wurden. „Wenn zum 1. Januar 2014 der Hebel umgelegt wird, werden wir die Auswirkungen voll zu spüren bekommen“, so Lautensack weiter.

Auf die Gesamtsituation der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg ging im Anschluss Ralf Kusterer ein, der die Zerschlagung der Standorte als völlig unnötig und unverständlich einschätzte. Die Bereitschaftspolizei sei eine wahre Erfolgsgeschichte und hätte sich in der Vergangenheit sowohl im Einsatzbereich als auch im Bildungsbereich bewährt. Mit den fünf Standorten in Göppingen, Bruchsal, Biberach, Lahr und Böblingen sei das Land optimal abgedeckt. Einsatzkräfte erreichen zeitnah alle Brennpunkte, zudem habe die Polizei so für Jugendliche aller Landesteile gut zu erreichende und somit attraktive Ausbildungsstätten.



Kusterer, der seit Jahren auf der Bundesebene gewerkschaftlich für die Bereitschaftspolizeien der Länder unterwegs ist, verwies auch auf die Erfahrungen der vor circa zwei Jahren abgeschlossenen Polizeireform in Bayern. Auch hier wurden die gemischten Schul- und Einsatzstandorte getrennt und „sortenreine“ Dienststellen geschaffen. Eine Expertenkommission hat die damit verbundenen negativen Auswirkungen aufgelistet und die Rückkehr zu den bewährten gemischten Standorten empfohlen. Auch ohne die ministerielle Entscheidung hat man die Trennung wieder aufgehoben und nur in München einen Einsatzschwerpunkt belassen. „Wir sind drauf und dran die gleichen Fehler wie in Bayern zu machen. Es ist hanebüchen, wenn man im Innenministerium Baden-Württemberg versucht die Bereitschaftspolizeien als nicht vergleichbar darzustellen. In der zentralen Frage einer Trennung von Ausbildung und Einsatzabteilung und deren Auswirkungen passt da kein Blatt Papier dazwischen“, so Kusterer abschließend.

Bei der Abschlussdiskussion wurden viele Fragen aufgeworfen, die von einer enormen Betroffenheit der Beschäftigten geprägt war. Zukunftsängste und Ausweglosigkeit wie sie sicher von vielen Göppinger Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und nur unter Inkaufnahme eines Umzugs oder weiter Wegstrecken einen Arbeitsplatz finden, können dies sicher nachvollziehen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft will weiter für den sogenannten Schul- und Einsatzstandort in Göppingen kämpfen. Das sagte die Gewerkschaftsspitze der mit fast

15 000 Mitgliedern stärksten berufspolitischen Polizeigewerkschaft den Angehörigen der Bereitschaftspolizei Göppingen zu.

Jürgen Engel stellte abschließend eine Postkarten- Flyer- und Flugblattaktion des DPoIG-Bezirksverbandes Bereitschaftspolizei vor, die an allen Standorten der Bereitschaftspolizei durchgeführt werden soll.

Mit der Postkarte können die Betroffenen dem Innenminister ihre ganz individuelle Betroffenheit mitteilen:



Für den Erhalt einer Polizeischule und einer Einsatzabteilung an allen Standorten der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg!!

03 Ministerpräsident empfängt BW-Spitze Konkrete Aussagen zur Besoldungsanpassung verweigert

Quelle: bbw



Wie viel Geld ist die Landesregierung bereit für Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst des Landes auszugeben? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Erörterung, zu der Ministerpräsident Winfried

Kretschmann gemeinsam mit Staatssekretär Peter Murawski den Vorsitzenden des BBW Volker Stich und dessen Stellvertreter Joachim Lautensack empfangen hat.

BBW-Vorsitzender Volker Stich und sein Stellvertreter Joachim Lautensack sind am 20. März mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu einem Gedankenaustausch zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Unterredung standen die Tarifverhandlungen für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes der Länder und die Frage der Besoldungs- und Versorgungsanpassung für die Beamten und Ruhestandsbeamten des Landes.

Konkrete Aussagen, wie sich die Landesregierung in der Gehaltsfrage gegenüber den Beamten und Pensionären verhalten wird, machte der Ministerpräsident nicht. Stattdessen verwies er ein weiteres Mal auf den Sparzwang des Landes und erklärte, dass die grün-rote Landesregierung nicht mehr Geld für die Gehaltssteigerung aller öffentlich Beschäftigten des Landes ausgeben wolle, als die im Haushalt 2013/2014 bereit gestellten Mittel.

Für die laufende Einkommensrunde hat Grün-Rot Gehaltssteigerungen von 1,5 Prozent im Haushalt eingeplant. Zwar haben die öffentlichen Arbeitgeber auch in der zweiten Verhandlungsrunde die Tarifforderung von 6,5 Prozent abgelehnt und auch noch kein Angebot vorgelegt. Dennoch rechnen Beobachter der Szene, dass es zu einem Abschluss deutlich in der Nähe des TVöD-Ergebnisses kommen werde. „Was dann für die Beamten und Versorgungsempfänger übrig bleibt, kann sich jeder leicht selbst ausrechnen“, kommentierte BBW-Chef Volker Stich die Äußerungen des Ministerpräsidenten im Anschluss an die Unterredung.

04 Finanzminister zur Besoldungsanpassung: Noch sind alle Optionen offen

Quelle: bbw

Die Besoldungsanpassung und die Sparpolitik des Landes waren die zentralen Themen der Unterredung, zu der Finanzminister Nils Schmid die Vertreter des BBW empfangen hat. An dem Gespräch nahmen auch Ministerialdirigent Norbert Eisenmann Leiter der Abteilung 1 im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, und Ministerialdirigent Reinhard Moser, Leiter der Abteilung 2 im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, teil.



Während Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 20.02.2013 im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich zwar seine Wertschätzung gegenüber den Beamten unterstrich, bezüglich der Besoldungsanpassung aber den harten Sparkurs noch einmal

unterstrich, klangen die Aussagen von Finanzminister Nils Schmid wenige Stunden später zumindest verbindlicher: „Noch seien alle Optionen offen,“ versicherte er dem BBW-Vorsitzenden. Für welchen Weg man sich entscheide, darüber werde das Kabinett beraten sobald ein Tarifergebnis vorliegt.

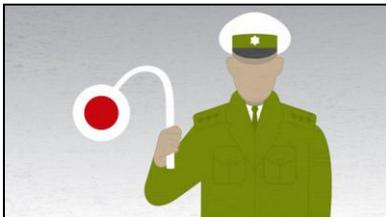
Eine Nullrunde für die Beamten schloss Schmid zwar generell nicht aus. Doch nach seiner Einschätzung wird es dazu wohl nicht kommen. Dennoch ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Beamten und Versorgungsempfänger einen weiteren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten müssten. Ob, wie im vergangenen Jahr, eine Verschiebung der Besoldungsanpassung möglich sei, oder eine harte Deckelung notwendig werde, hänge vom Tarifergebnis ab.

Sobald das Kabinett sich für mögliche Wege der Besoldungsanpassung verständigt hat, will der Finanzminister vor einer endgültigen Entscheidung wieder mit den Gewerkschaften sprechen. Man sei an einer einvernehmlichen Regelung interessiert, versicherte er dem BBW-Vorsitzenden. Stich machte allerdings keinerlei Zugeständnisse. Der BBW fordere die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich. Davon rücke man nicht ab und werde, wenn nötig, dafür auch mit lautstarkem Protest auf der Straße kämpfen.

05 Gewalt gegen Polizisten „Heule, heule Gänschen“

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24.02.2013 (Friederike Haupt)

Den nachfolgenden Beitrag der FAS wollen wir eigentlich nicht kommentieren. Gewalt gegen Polizeibeamte wird hier weitgehend als gewerkschaftliches Konkurrenzgehabe abgetan:



Die Polizeilobby plärrt wie keine andere: Polizisten würden angegriffen, bespuckt, beleidigt. Doch was ist an den Behauptungen wirklich dran? Und wer kämpft hier eigentlich gegen wen?

Morgens las der Professor im „Abendblatt“: „Hamburger Polizisten fordern mehr Respekt“, groß auf Seite eins. Immer häufiger würden Polizisten angeschrien und bespuckt, immer öfter müssten sie sich im Einsatz rechtfertigen. Auf Seite zwei barmte der Chefredakteur: „Mehr Anstand, bitte“. Und auf der Acht klagte ein 26 Jahre alter Polizeimeister: Auf dem Kiez gehöre es zum Alltag, beschimpft zu werden. Wie sich das anfühle, habe er in der Ausbildung nicht gelernt. Das lasse ihn nicht kalt.

Der Professor las die drei Artikel. Und ärgerte sich. Er lehrt an der Polizeihochschule in Hamburg und heißt Rafael Behr. Behr meldete sich bei der Journalistin, die über die Polizei geschrieben hatte. Zwei Wochen später erschien ein neuer Artikel, Überschrift: „Hamburger Kriminologe: Die Polizei jammert zu viel“. Das war es, was Behr so geärgert hatte. Das Jammern.

Woran merkt man, dass einer nicht leidet, sondern jammert? Ganz einfach: Man muss es ihm nur auf den Kopf zusagen. Du jammerst! Die Reaktion ist immer die gleiche. Wut. Am selben Tag noch, an dem der neue Artikel in der Zeitung stand, jagten alle drei Polizeilobbys (zwei von ihnen nennen sich „Gewerkschaften“, als

seien Polizisten nicht etwa beamtete, unkündbare Staatsdiener mit Pensionsanspruch, sondern Arbeiter oder Angestellte, die ihre Löhne aushandeln müssen und jederzeit den Job verlieren können) - die Polizistenlobbys also jagten schnurstracks Pressemitteilungen über ihre Verteiler.

Männer am Rande des Nervenzusammenbruchs

Einen „Fall akuter Profilneurose“ diagnostizierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und bot an, „dem Herrn Professor auf dem Weg zurück in die Realität behilflich zu sein“. „Frech“ nannte der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) den Jammervorwurf. Eine Entschuldigung sei umgehend fällig, und für „schwer denkbar“ halte man, dass Behr in Zukunft noch den Polizeinachwuchs unterrichte.

„Mit fassungslosem Entsetzen“ habe man die Äußerungen des Professors gelesen, heulte die Deutsche Polizei-Gewerkschaft (DPoIG), als gelte es, den ersten Platz bei einem Heulbojenwettbewerb zu erringen. Behrs Worte seien „ehrverletzend, diffamierend und verleumderisch“, das Menschenbild des Wissenschaftlers erscheine „bemerkenswert“. Behr sei „offensichtlich fehl am Platze“. Der Hamburger Landesvorsitzende des Verbands gab kund: „Ich halte die Einleitung dienstrechtlicher Maßnahmen, bis hin zur Ablösung, für zwingend erforderlich.“ Männer am Rande des Nervenzusammenbruchs.

Jenseits der Lobby sah man die Sache nüchterner. Polizeiwissenschaftler solidarisierten sich mit dem Professor. Er solle als Nestbeschmutzer stigmatisiert werden, bloggte einer von der Uni Hamburg. Behrs These fanden die Kriminologen dort so interessant, dass sie den Zeitungsartikel sofort am Schwarzen Brett aufhängten.

Kollegen kämpfen auch gegen Kollegen

Behr gilt als einer der führenden Polizeiwissenschaftler in Deutschland. Davor war er außerdem fünfzehn Jahre lang Polizeibeamter, fuhr Streife. Seit 2008 ist er Professor. Kollegen beschreiben ihn als „ruhigen Charakter, mit dem man gut reden kann“. Dass man ihm den „Weg zurück in die Realität“ weisen müsste, hat außer den Gewerkschaften noch niemand gefordert. Vielleicht, weil Behrs Realität für niemanden so unangenehm ist wie für sie.

Denn Behr bestreitet, was die Gewerkschaften seit Jahrzehnten predigen. Erstens: Die Gewalt gegen Polizisten wird immer schlimmer. Zweitens: Die finanzielle Not der Polizei wird immer größer. Alles ein großes, heulendes Elend. Behr versteht, dass Polizisten Sorgen haben. Hat ja schließlich jeder. Was ihn ärgert, ist das permanente Jammern der Gewerkschaften. Wer dauernd alle Welt auf seine Opferrolle hinweise, würde eben wie ein Opfer behandelt. Niemand will sich einem Loser unterordnen, erst recht nicht, wenn der dafür bezahlt wird, stark zu sein. „Instrumentell“ nennt Behr das Gegreine.

Nach dem Motto: Wer am lautesten lärmt, wird von den meisten gehört. Und Aufmerksamkeit bringt Geld. „Kollegen kämpfen für Kollegen“, wirbt eine Gewerkschaft. Womit keiner wirbt: Kollegen kämpfen auch gegen Kollegen, um Mitglieder. 170.000 hat die GdP, halb so viele die DPoIG. Beide wollen mehr. Dafür müssen sie lärmen.

Als Rainer Wendt vor sechs Jahren Bundesvorsitzender der DPoIG wurde, lautete einer seiner Dienstaufträge: Medienpräsenz erhöhen. Denn die DPoIG war ja immer nur die Nummer zwei, sie ist es bis heute: später gegründet als die GdP, und weniger Mitglieder. Wendt will möglichst oft in die Medien. Er weiß, dass das Aufmerk-

samkeit bringt von Politikern, die etwas für ihn tun sollen, und von Polizisten. Gute Werbung.

Wenn Wendt braungebrannt aus dem Marokko-Urlaub zurück in sein Büro kommt, schmeißt er gleich am ersten Tag die Werbemaschine wieder an. Alle sollen wissen: Der Wendt ist zurück. Darum ruft er zum Beispiel einen Journalisten an und sagt: „Soll'n wir mal 'ne schöne Geschichte machen?“ Wendt fordert dann höhere Strafen für die Bösen oder mehr Personal für die Guten, und der Journalist hat eine Exklusiv-Story: „Und hinterher sind alle zufrieden.“ Fernsehjournalisten loben Wendt, weil er polemischer ist als der GdP-Chef. Der muss sehen, dass er trotzdem gehört wird. Wendt sagt, dass der Respekt vor der Polizei bei vielen Deutschen weg sei, weil sogar Politiker das Handeln der Polizei öffentlich in Frage stellten. Deswegen soll niemand lautstark die Polizei kritisieren. Der Hamburger Professor aber hat das getan. Horror für die Gewerkschaften. Behrs Vorwurf macht ihnen das Geschäft kaputt.

Je größer die Gefahr, desto sicherer die Privilegien

Fast niemand in der Polizei traut sich, Tacheles zu reden. Kritik wird als Schwächung betrachtet, Kritik aus den eigenen Reihen gar als Hochverrat. Wenn sie dann noch auf das Jammern zielt, geht es schlimmer nicht mehr. Denn mal angenommen, es wäre alles gar nicht sooo furchtbar: Dann könnte ja bei der Polizei gespart werden. Die zwei wichtigsten finanziellen Privilegien von Polizisten sind aus der Gefährlichkeit ihres Berufs hergeleitet: die Polizeizulage und die freie Heilfürsorge. Die Zulage ist eine Pauschale, die jeder Polizist bekommt, der eine Waffe tragen darf.

Und freie Heilfürsorge bedeutet: kostenlose Krankenversicherung. Je größer die Gefahr, desto sicherer die Privilegien. Dafür wird auch schon mal bei der Beweisführung getrickst. Vor einem Jahr rief im Polizeimagazin „Streife“ der Inspekteur der Polizei von Nordrhein-Westfalen alle Kollegen auf, bei einer Befragung mitzumachen, Thema: „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte“. Im Editorial nahm er das Ergebnis allerdings gleich mal vorweg: „Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung ist gesunken.“ Den „sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen“ bescheinigte er vorsorglich schon mal ein „professionelles und deeskalierendes Einschreiten“.

Der Erfahrungsbericht eines Polizeihauptkommissars gab dann noch mal die Richtung vor: „Bei uns verfestigt sich bereits der Eindruck: Die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten ist alarmierend hoch.“ Und für die ganz Doo-fen die Zusammenfassung: „eine neue Qualität und Intensität der Gewalt“. Dieses „Phänomen“ solle die Studie „darstellen“. Ein anderes „Phänomen“ zeigt allerdings der Lagebericht des Landeskriminalamtes von Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010. Bei „höchstens“ 0,1 Prozent aller Einsätze kam es zu Gewaltandrohung, versuchter Gewalt oder Gewalt gegen Polizisten. Schwer verletzt wurden bei insgesamt 4.040.768 Einsätzen - 13 Polizisten.

Keine Prüfung, lieber gleich mehr Geld

Die Freude an Fakten dieser Art hält sich bei den Gewerkschaften in Grenzen. Als der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, vor drei Jahren mit einer bundesweit angelegten Studie über Gewalt gegen Polizisten begann, merkte er bald, was Sache war. Er wollte im Auftrag der Innenministerkonferenz die teilnehmenden Polizisten sorgfältig befragen, in alle Richtungen. Offenbar eine Zumutung. Es gab Fragen zur Selbsteinschätzung, nach dem Herkunftsland der Eltern und danach, wie man Wut verarbeite. Diese Fragen gefielen der GdP nicht, die die Studie mitfinanzierte.

Doch richtig Ärger gab es erst, als DPoIG-Chef Wendt sich einschaltete. Selbst die von den Forschern entschärfte Version des Fragebogens ähnele „mehr einer Täter-Analyse als einer Opfer-Analyse“, klagte die DPoIG in einem Rundschreiben. Die DPoIG Südhessen schlug vor, dass doch lieber die Polizei selbst - in Form der Hochschule der Polizei - die Studie über Gewalt gegen sich durchführen solle. Die DPoIG Westhessen fand, dass „statt einer solchen Studie die Schutzausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten sowie eine Aufstockung des Personals Priorität haben sollte“.

Ende DPoIG-ID Nr. 04/2013